

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Postreue zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungliche Nr. 7745.

# Volksmacht

Inserionsgebühren beträgt für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Verlags- und Besondere Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

**Organ für die werkhätige Bevölkerung.**  
Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Nr. 8

Dienstag, den 10. Januar 1899.

10 Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Sozialpolitische Falschmünzerei.

Die „Berlin. Politisch. Nachrichten“ kündigten an, daß die im Anfang der neunziger Jahre begonnene Reorganisation des Fabrikaufsichtswesens im nächsten preussischen Etat dadurch zum Abschluß gebracht werden soll, daß die Etablierung der letzten damals geschaffenen Stellen für Gewerbe-Inspektoren verlangt wird.

Dies bedeutet aber nichts Anderes, als daß alle anderen noch so dringlichen Wünsche hinsichtlich des weiteren Ausbaues der Fabrikinspektion ohne Berücksichtigung bleiben sollen. Um nun das Beschämende dieser Thatsache ein wenig zu verhüllen, unternimmt das offiziöse Blatt einen kläglichen Entschuldigungsversuch.

Gegenüber der Forderung, die Institution der Fabrik-Aufsichtsbeamten zur Nachsicht zu machen und dadurch Einzelstaaten die Aufsichtsgrenzen gleichmäßig zu ziehen, bringen die „Berlin. Politischen Nachrichten“ folgende leeren Ausschüfte:

„Nichts wäre unzumutbarer in der Gewerbe-Aufsicht als eine Schematisierung. Betriebe gleicher Art können in dem einen Falle aus recht vielen Ursachen der Aufsicht recht dringend bedürfen, in dem andern gar nicht. Hier die Entscheidungen der Regierung unmöglich zu machen, würde durchaus nicht zweckmäßig sein und die Inspektion vielfach ganz unnützlich belasten!“

Umgekehrt wird eine richtige Gewerbe-Aufsicht draus! Ob Betriebe der Aufsicht dringend bedürfen, kann nicht von den Regierungen nach der Art der Betriebe in den einzelnen Ländern verschieden beurteilt werden, denn in allen deutschen Einzelstaaten haben alle gleichartigen Betriebe dieselben Reichsgesetz-Vorschriften zu erfüllen! Es können also in Bayern wie in Preußen dieselben Gesetzesverhältnisse vorkommen, und nicht die Art der Betriebe, sondern die Art der Betriebsinhaber ist dafür entscheidend. Diese aber richtet sich nicht nach den Grenzpfählen, innerhalb derer die Betriebe liegen, sondern nach dem persönlichen Charakter, der mehr oder minder großen sozialen Rücksichtslosigkeit des einzelnen Betriebsinhabers. Den jedoch lernt der Gewerbe-Aufsichtsbeamte nur kennen, falls er den Betrieb überhaupt besuchen kann. Oder will man glauben machen, es seien z. B. die Inhaber gewisser Kleinbetriebe in Preußen durchwegs so frei von Schuld und Fehlern, daß sie ohne jede Kontrolle ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen, während sie etwa in Bayern oder Sachsen durchwegs Sünder seien, die unter Aufsicht stehen müssen?

Ungeachtet und leicht ist auch die Entgegnung der „Berl. Politischen Nachrichten“ gegenüber den Vorwürfen, daß die angelegten Aufsichtskräfte immer noch nicht dem Bedürfnis genügen. Sie schreiben:

„Eine allen passende Grenze dieses Bedürfnisses zu ziehen, ist überhaupt unmöglich. Es giebt Politiker, deren Ideal es ist, daß jedem Betriebe ein ständiger staatlicher Aufsichtsbeamter beigegeben wird. Diesem Zustande wäre aber im Interesse aller Vetheiligten eine gänzliche Verstaatlichung der Betriebe vorzuziehen.“

Welch' kindliche Uebertreibung! Es handelt sich gar nicht darum, jedem Betriebe einen ständigen Beamten beigegeben. Uebrigens — wo dies im Interesse des Steuerfiskus liegt, z. B. in den Zuderfabriken, geschieht dies. Zum Schutze der

Arbeiter ist dies aber gar nicht nötig, sobald den Arbeitern des Betriebes selbst die sichere Gelegenheit gegeben ist, mit dem Aufsichtsbeamten sich zu verständigen, und dieser Zeit hat, die genügende Zahl der Revisionen vorzunehmen. Es diese größer oder kleiner zu sein hat, daß muß von Fall zu Fall der Entscheidung des Beamten überlassen werden; das Gesetz aber muß die Möglichkeit geben, ein Mindestmaß der Kontrolle auszuüben, durch das der Beamte Gelegenheit bekommt, sich ein zutreffendes Bild von den Zuständen im Betriebe zu schaffen.

Freilich — die „Berlin. Politischen Nachrichten“ schreiben, es habe sich herausgestellt, daß das vorhandene Personal unter Zuziehung der Assistenten ebenso wie die vorhandene Beamtenorganisation in Preußen genüge.“ Das heißt die Thatsachen auf den Kopf stellen! 1897 wurden in Preußen nur 34,7 pSt. der Betriebe revidirt! Im Deutschen Reiche durchschnittlich noch weniger, nur 30 pSt., in Bayern sogar nur 8,7 pSt., aller in das Revisionsregister eingetragenen Betriebe. Die größere Zahl der in Preußen revidirten Anlagen kommt aber nur daher, weil Bayern fast sämtliche handwerksmäßige Betriebe in die Listen der Gewerbe-Aufsicht aufgenommen hat, was in Preußen nicht der Fall ist.

Diese niedrigen Revisionsziffern mögen den Herren Schweinburg, Stumm und Komp. genügen, den Arbeitern aber nicht. — und auch einsichtsvolle Aufsichtsbeamten klagen darüber. Das wird freilich in der Aera Pofadowsky gar nichts ändern; da entscheidet die Meinung der Industriellen und diesen ist die ungenügendste Gewerbe-Aufsicht die allgenügendste.

### Die Situation in Nordschleswig.

Eine im dänischen Ausweisungsbereich erscheinende Zeitung, der „Flensborg Avis“, veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Nationalitätspolitik Dänemarks in Schleswig, solange diese Provinz (bis 1864) dänisch war, und die Politik Preußens, seitdem Schleswig preussisch geworden ist.

In der dänischen Zeit, so heißt es, wurde, soweit bekannt vom Jahre 1850 an, als die durch preussische Waffen unterstützte holsteinische Revolution — welche die Vereinigung des Herzogthums Schleswig mit Holstein und seinen Anschluß an den deutschen Bund bezweckte — beendet war, bis 1864 kein einziger Mensch ausgewiesen, und dies trotz der Gährung im Lande nach einem kürzlich überstandenen blutigen Bürgerkrieg.

In der preussischen Zeit sind, abgesehen von allen Verbannungen im Kriegsjahre 1864, von 1870 an bis jetzt mitten im tiefsten Frieden hunderte von Ausweisungen unternommen worden, meist von geborenen Schleswigern, die von ihrem gutem Recht (nach § 19 des Wiener Friedens, gültig für die Zeit bis 1870) Gebrauch gemacht hatten, ihrer Wehrpflicht im dänischen Heere zu genügen und trotzdem unbefehligt an Person und Besitz in ihrer Heimath wohnen zu bleiben.

Aus der preussischen Zeit von 1864 bis jetzt giebt es hunderte von politischen Verurtheilungen, die unter der Bevölkerung Entsetzen hervorgerufen haben. Nichts von dem, was von Seiten der preussischen Verwaltung geschehen ist, auch nicht das Regiment des Herrn v. Köller, kann das übertreffen, was von der preussischen Rechtsprechung geleistet worden ist. Eine Verurtheilung zu 6 Wochen Haft für den Gebrauch des alten und bis auf die Gegenwart immer gebräuchlichen Namens unseres Landestheils „Südjutland“ gehört noch zu den weniger erheblichen von den politischen Maßregelungen, die mit Hilfe der Gerichte statgefunden haben.

Ueber Köller's Triumphzug in Gadersleben wird berichtet:

Zu Ehren des Oberpräsidenten v. Köller hatten die Stadt und die Schiffe besetzt. Vormittags brachte die Kapelle des hier garnisonirenden Bataillons der 84er dem Oberpräsidenten ein Ständchen. Hierauf empfing dieser eine Deputation dänischer Landleute des Kreises, welche Einstellung der Ausweisungen erbat. Der Oberpräsident betonte, daß die Ausweisungen sich nicht gegen die dänische Bevölkerung, sondern die dänische Agitation richten, die in Folge des Treibens der dänischen Presse und der Agitationsversammlungen einen unerträglichen Grad erreicht. Sobald die dänische Partei ihre Agitation einstellen, werden die Ausweisungen aufhören. Ohne diese Vorbedingung sei es für die Staatsregierung undenkbar, von dem betretenen Wege abzuweichen. Im Laufe des Vormittags besuchte Köller die Gaderslebener Schulen und die Marienkirche.

Zur Unterstützung der Ausweisungspolitik war bekanntlich der dänische Gesellschaftliche Verein in Apenrade polizeilich geschlossen worden. Diese Verfügung ist aber nach den „Apenrader Nachr.“ wieder aufgehoben worden, wahrscheinlich weil keine Beweise für den politischen Charakter des Vereins haben beigebracht werden können.

### Zur Fleischtheuerung.

Das Amtsblatt des Dresdener Magistrats, der „Dresdener Anzeiger“, schließt eine Statistik über den Fleischverbrauch im Jahre 1897 mit folgenden Bemerkungen: „Leider geht aus vorstehender Zusammenstellung hervor, daß der Gesamtfleischverbrauch Dresdens im Jahre 1897 bedauerlicherweise um 1,83 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung abgenommen hat, während 1896 eine Zunahme von 3,59 Kilogramm gegen 1895 zu verzeichnen war. Diese Abnahme des Fleischkonsums trifft in erster Linie den Verbrauch an Schlachtfleisch, welcher um 1,55 Kilogramm auf den Kopf gesunken ist. Letzteres ist zweifellos zurückzuführen auf das beträchtliche Steigen der Schlachtviehpreise, besonders bei Kälbern und Schweinen. Daher sehen wir auch die stärkste Abnahme im Verbrauch von Schweinefleisch mit 1,15 Kilogramm und so dann von Kalbfleisch mit 0,33 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung, während die geringe Abnahme von 0,07 Kilogramm im Konsum von Hammelfleisch und die unwesentliche Zunahme von 0,03 Kilogramm im Verbrauch von Rindfleisch nicht ins Gewicht fallen.“

### Zur Einfuhr amerikanischen Fleisches.

Die „Adriatische Zeitung“ bringt einen Artikel, in dem ausgeführt wird, daß das in Deutschland geplante Schlachtvieh- und Fleischbeschau-Gesetz für die Interessen der Exporteure amerikanischen Fleisches nicht schädlich, sondern nützlich sein werde. Die einheitliche Regelung der Fleischseinführung für ganz Deutschland biete für die Vereinigten Staaten wesentliche Vorteile, namentlich werde durch die Einführung der Untersuchung des ausländischen Fleisches an der Grenze und das Verbot weiterer Untersuchungen den bisher von amerikanischer Seite über die mehrfachen Untersuchungen des amerikanischen Fleisches in Deutschland erhobenen Klagen die Unterlage entzogen werden. Nach dem Inkrafttreten des Entwurfes werde es unter Umständen vielleicht möglich sein, die jetzt in Deutschland bezüglich der Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches geltenden Vorschriften dahin zu mildern, daß die Beibringung amerikanischer Untersuchungsatteste nicht mehr gefordert wird, was für die amerikanischen Fleischexporteure pekuniär von recht erheblichem Nutzen sein werde.

## Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreyer.

211 (Schluß des vorigen.)

Meister Timpe war tief bewegt, und Frau Karoline nicht minder. Sie überboten sich gegenseitig in Zärtlichkeiten gegen den Alten, streichelten seine welken Hände und versuchten ihn zu befeuchten.

„Rege Dich nicht auf, Vater! Ich verspreche Dir, es soll eine Aenderung eintreten“, sagte Johannes und zog den Kopf des Alten an sich.

Diese Aenderung bestand darin, daß Johannes seinem Sohne das Taschengeld entzog und ihm nur den kleinen Monatsgehalt beließ, den er von Uröan bekam. Eine ganze Woche hindurch blieb Franz des Abends zu Hause, aber er sprach während dieser Zeit kein Wort und that so, als existiere für ihn Niemand im Hause. Das vermochte sein Vater nicht zu ertragen.

„Ich weiß, was Dich brüht“, sagte er eines Mittags Franz. „Ich sehe ein, daß de. Großvater Dir abermals hübsches Unrecht gethan hat. Du bist ein anderer Geist, wie er und ich, Du gebrauchst die Gesellschaft, um nicht zu verbauern. Hier hast Du Dein Taschengeld wieder, aber wir wollen die Beschäfte jetzt anders machen. Du wirst von jetzt ab in der guten Stube schlafen, da hört der Großvater Dein Nachhausekommen nicht.“

Damit kam man wieder in's alte Geleise. Der Meister hatte wiederum bewiesen, daß er seinem Stammvater zu Liebe selbst nicht vor einer Lüge seinem Vater gegenüber zurückschreckte. Ja, er spielte eine förmliche Komödie, um Großvater und Söhne das Leben so angenehm als möglich zu machen, ließ den Alten in dem Glauben, daß in Franzens Lebenswandel wirklich eine Aenderung eingetreten sei, rißte dessen

Solidität über die Masken und wußte es gar so weit zu bringen, daß Gottfried Timpe Franz freundlicher gesinnt wurde, und in der Herzensfreude darüber, daß man diesmal seine Autorität respektirt habe, hin und wieder mit seinem Enkel ein längeres Gespräch anknüpfte und zum Erlaunen Aller ihn sogar aufforderte, zur Abwechslung einmal die alte Gesellschaft aufzusuchen.

Als dies Wunder geschah, fühlte Johannes Timpe sich dadurch außerordentlich gerührt. Er wendete sich ab und verließ das Zimmer. Es war ihm peinlich, das spöttische Lächeln seines Sohnes zu beobachten, das fortwährend zu sagen schien: Wenn Du wüßtest, Alter!

Durch seine ewige Nachgiebigkeit erreichte Johannes Timpe weiter nichts, als daß Franz immer mehr den Respekt vor ihm verlor und sich schließlich wie ein selbständiger Mann vor ihm, der ihn und lassen kann, was er will. Eines Tages trug er sehr auffallend ein Stück bunten Bandes an seiner Uhrkette, einen sogenannten „Bierknoten“. Er war nämlich einer Vereinigung von jungen Leuten beigetreten, deren Mitglieder neben vielem Biertrinken das hauptsächlichste Bestreben zeigten, studentische Manieren nachzunahmen. Den Hochzeit zurückgeschlagen, die Hände in den Hosentaschen haltend, schritt er in der Mittagsstunde prälerlich vor den Fenstern der Werkstätt auf und ab, so daß die Gesellen eine neue Veranlassung gefunden hatten, ihre Wige über ihn zu machen.

„Hansaffen tragen gewöhnlich bunte Bänder“, sagte der kleine Sachse sofort, als er ihn erblickte, worauf der Berliner seinem unvermeidlichen „Det stimmt“ diesmal hinzusetzte: „Und was für welche!“ — eine Bemerkung, aus der man nicht genau entnehmen konnte, ob sie sich auf die Bänder oder Affen bezog.

Selbst der ernste Thomas Beyer konnte sich eines Achselns nicht erheben. Franz aber fand durchaus nicht, daß er sich lächerlich mache, sondern blähte sich wie ein Pfau

und zog alle zwei Minuten die Uhr hervor, um das Abgehen seiner neuen Würde erst recht in's Auge fallen zu lassen. — Meister Timpe theilte das Urtheil seiner Leute nicht. Als sein Sohn ihm die Bedeutung der Farben auseinanderlegte und dabei fortwährend die Worte „Student“ und „Kommissionen“ im Munde führte, hörte er aufmerksam zu und freute sich darüber, daß sein Einziger in solch' „gute Gesellschaft“ gerathen sei.

„Das Schönste dabei ist, Vater, daß man mich immer für einen jungen Offizier hält. Sehe ich denn wirklich so aus?“

Johannes Timpe hatte niemals an einen derartigen Vergleich gedacht, nun aber ließ er seinen Blick mit einer ganz anderen Aufmerksamkeit als sonst über die Gestalt seines Sohnes gleiten und erwiderte schmunzelnd:

„Ein stattlicher Kerl bist Du für Dein Alter, das wird selbst Wolke nicht bestreiten können. Du Lausenbassa, Du!“ Franz Timpe, stolzerfallt, zog seine beiden Haarbürsten hervor und begann seine Toilette zu erneuern, diesmal mit einer ganz besonderen Aufmerksamkeit.

An einem Donnerstag war man wieder im Garten versammelt.

„Ich werde heute früh schlafen gehen“, sagte Franz und entfernte sich, während Meister Timpe nickte und seinem Sohne einen vielfagernden Blick zuwarf. So pflegte Timpe junior nämlich in der letzten Zeit immer zu sagen, wenn er in Gegenwart des Großvaters einen Vorwand suchte, um das Haus verlassen zu können. Als er fort war, bemerkte Gottfried Timpe:

„Er scheint wirklich in sich zu gehen. Er ist auch gar nicht mehr so vorlaut wie früher. Heute namentlich schien es, als könne er den Mund nicht aufhauen. Schadet uns nichts! Heute, die wenig reden, denken mehr.“ (Fortsetzung folgt.)

**„Volkvertretung“ im preussischen Landtage.**  
 In Strassen Landräthen fehlt es nicht im neuen preussischen Abgeordnetenhaus: am 8. November sind genau 33 Landräthe gewählt worden. Dazu kommen noch 7 Landräthe a. D. und eine städtische Zahl Ober-Regierungsräthe und Regierungsräthe. Welch eine treffliche „Volkvertretung“ liefert das Dreiklassenwahlrecht!

**Eine merkwürdige Zusammenstellung.**  
 Die Verhandlung gegen den Schriftsteller Landauer wegen Verleumdung des Polizeikommissars Gottschalk, welche am 11. d. Mts. zur Verhandlung kommen sollte und bei der der Fall Ziehen eine Rolle spielen wird, ist wegen Erkrankung des Vorsitzenden der 3. Strafkammer bekanntlich bis auf Weiteres vertagt worden. Wie wir nun erfahren, war für denselben Tag ein anderer Anarchistenprozess, gewissermaßen als Vorspiel, ebenfalls angesetzt. Als Angeklagter in demselben figurirt — Johann M. o. s. Hier ist Landauer als „Interessent“ geladen. Seit ungefähr sechs Jahren erhält Landauer aus Amerika regelmäßig ein Exemplar von „Freiheit“ unter Kreuzband zugesandt. Der Staatsanwalt hat neuerlich Interesse daran gefunden, zu ermitteln, auf welchem Wege diese Zeitung in die Hände Landauer's gelangt, und hat daraufhin ein Verfahren eingeleitet, bei dem Landauer als Zeuge fungirt. Ein auffälliger Umstand ist es jedenfalls, daß zur Verhandlung für diese Angelegenheit der gleiche Tag angesetzt wurde, wo die Verleumdungssache des Polizeikommissars Gottschalk gegen Landauer ihre Erledigung finden sollte.

**Wegen militärischen Ungehorsams** unter gleichzeitiger Ausübung von Gewaltthatigkeiten gegen einen Vorgesetzten sind drei Reservisten vom Gericht der 25. (bestimmten) Division mit Entfernung aus dem Heere und mit 8 Jahren, 5 1/2 Jahren und 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus bestraft worden. Die Vorgänge, auf Grund deren die Beirathungen erfolgten, spielten sich bei der letzten Kontrollverammlung in Darmstadt gegen einen Gendarmen und einen Leutnant ab.

**Dem Großherzog von Baden** ist von unbedachten Seiten nachgelagt worden, er hätte sich neuerdings in einem der Arbeiterbewegung günstigen Sinne ausgesprochen. Das ist deshalb besonders auf, weil derselbe nicht müde wird, die spezielle Art von Patriotismus, die in Kriegervereinen kultivirt wird, durch landesherrliche Anträge anzuspornen. In der That wird nun auch händeloffiziell erklärt, daß jene Veröffentlichung einem Gespräch entnommen sei, dessen Zusammenhang ein anderer war als der mitgetheilte, und dessen Sinn nicht richtig wiedergegeben wird. Die Publikation könne deshalb nicht als unbedacht betrachtet werden. Also wieder ein Krassen Wermuth in den Freudenfeld der Pastoren, Professoren, Doktoren, die im nationalsozialen Volkentuchduscheim verloren, von der sozialen Monarchie schmelzen.

**Aus den Reichslanden.** Auch hierzulande wird der Ausweisungskurs weitergehoben. Durch Beschluß der kaiserlichen Bezirkspräsidenten von Oberbayern und Lothringen sind wiederum vier fremde Staatsangehörige aus dem Gebiete des Reichslandes ausgewiesen worden. Zwei davon sind italienischer, je einer französischer und luxemburgischer Staatsangehöriger.

Wir berichteten vor einigen Wochen über eine folgenschwere Bluthat in einer Infanteriekaserne zu Mähazien bei der ein Gefreiter der 8. Kompagnie des 4. böhmisches Infanterieregiments Nr. 112, der mit einigen Kameraden einen Kameraden nachhelferweile im Bette überfallen und zu Tode gehandelt verurteilt hatte, von dem Angegriffenen mittelst eines bereitgehaltenen Schutzmessers niedergeschossen und darauf verlegt wurde, daß der Tod alsbald eintrat. Das Kriegsgericht hat in dieser Angelegenheit nunmehr 14 der behelligten Soldaten mit zwei bis acht Wochen Arrest bestraft. Gegen den unglücklichen Thäter selbst, der offenbar in berechtigter Nothwehr gehandelt hat, ist die Unterurtheilung noch nicht abgeschlossen. Sämmtliche Offiziere und Unteroffiziere der 8. Kompagnie sind verurteilt worden.

**Ausland.**

**Die Lage in Oesterreich.**

Für die Wiedereröffnung des österreichischen Reichsraths am 17. Januar haben die demüthigen Oppositionsparteien bereits mehrere neue Anträge gegen die Minister vorbereitet; so wegen der deutsch-slovenischen Sprachveränderung für Schläfen und wegen der Verdrängung des Serbokroatischen über die Einführung der internen geistlichen Amtskirche in dem Reichthum Böhmen.

**Die ungarische Krise.**

Die Krise ist noch nicht entschieden und wenn man offizieller Wiener Meldungen glauben dürfte, würde eine Lösung noch in weitem Felde. Aber was weiß, was es in Ungarn heißt, die Stellung eines Kabinetts sei unerschütterlich und unerschütterlich. Jelermann erinnert sich noch, daß am Morgen des 28. November 1897 Baron Stöckel das amerikanische Kabinetts des Reichs Reich und am Radarring desselben Sonntags ein toller Mann war. Doch sowohl in Oest als in Oest hat Minister genöthigt so lange gehalten werden, bis ihren absolut kein Fehler und kein Verbrechen mehr zu begehren übrig bleibt, ist wahr, aber Herr Banffy ist eben bereits so weit und dann schloß sich. Am Wiener Hofe wird man sich darüber wundern müssen, daß Banffy nur gehalten werden kann auf Kosten des verformungswürdigen Lebens in Ungarn und, was dort noch schwerer wiegt, auf Kosten der Demokratie. Demnach wird Banffy fallen, seine Tage sind gezählt; Gebelung hat ja noch immer nachgegeben, wenn auch immer zu spät.

Was denn heute ist unbedenklich. Das der Minister selbst auch einen Eydsworsch, die Bekräftigung der kaiserlichen Herrschaft und eine gründliche demokratische Reformen zu befehlen werde, wenn nur Lärmstücken zu sein.

Ein Witzwort des „Baron Stöckel“ aus Budapest vom Montag lautet: Die Kaiserliche kaiserliche Minister best-

achten über das Ergebnis der in Wien unter Vorsitz des Kaisers stattgefundenen Konferenzen das strengste Stillschweigen. Troßdem gilt es als sicher, daß das Abgeordnetenhaus verlagert werden wird, um mit den Führern aller Parteien Verhandlungen wegen der parlamentarischen Erledigung des Ausgleichs anzubahnen.

Das bedeutet: Der Hof ist bereit, den Banffy preiszugeben, wofür die ungarischen Oppositionsparteien eine Lösung der Ausgleichsfrage garantiren wollen.

Auch die „N. Fr. Pr.“ meinet, es heißt, daß man am maßgebender Stelle geneigt wäre, die Demission Banffy's in dem Falle sich vollziehen zu lassen, wenn die ungarische Opposition sich bereit erklärt und dafür Garantien bietet, daß sie der sofortigen Beschlußfassung über den Ausgleich keine Hindernisse bereiten wird; es handelt sich dabei nicht um das Ausgleichsprivorium, sondern um den Ausgleich selbst, wie er dem ungarischen Abgeordnetenhaus vorliegt.

Die gestrige Abgeordnetenhaus-Sitzung ist unter dem Eindruck der aus Wien über den dortigen Kronrath eingelaufenen Mittheilungen ziemlich ruhig verlaufen. Banffy wurde von allen Seiten mit Anfragen über die weitere Haltung der Regierung bekräftigt; er erklärte jedoch, vorläufig noch keine weiteren Mittheilungen machen zu können.

**Die Drehschiffaffaire**

Ist durch die Demission Quesnay de Beurepaire's, der Kammerpräsident am Kassationshof ist, um eine neue Sensation reicher. Die Blätter geben übereinstimmend der Ansicht Ausdruck, daß über die Demission Beurepaire's Aufklärungen Lebert's im Parlament und eine Debatte über diese Angelegenheit unbedingt notwendig seien. Als ausschließlicher Grund für die Demission Quesnay de Beurepaire's wird der Zwischenfall Bard angegeben. Der „Gaulois“ berichtet, daß Quesnay de Beurepaire letzten Donnerstag nach Erstattung seines Berichtes über Vorfälle, aus denen flagrante Unzulänglichkeiten hervorzugehen schienen, die bei den Berichten Bard's wegen Picquart unterlaufen seien, in das Kabinet des Justizministers berufen worden sei, wo er und hierauf auch Präsident Loew und Rath des Kassationshofes Bard vernommen wurden. Quesnay de Beurepaire habe den Justizminister eindringlich zur Eröffnung einer ernstlichen Untersuchung über die aufgedeckten Vorfälle zu bestimmen gesucht und auf gewisse Zeugenaussagen von Ausländern vor Gericht hingewiesen, durch welche eine Bestätigung und nähere Aufklärung der erwähnten Einzelheiten ermöglicht würde. Der „Gaulois“ versichert, daß eine beratende Untersuchung nicht beschlossen worden sei, indem sich Justizminister Lebert darauf beschränkt habe, zu erklären, daß er den Zwischenfall als erledigt betrachte. Gleichzeitig habe der Minister in der Presse verbreiten lassen, daß er sich im Parlament auf dieselbe Antwort beschränken würde. Beurepaire habe dies mit seiner Demission beantwortet.

Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Erklärung Quesnay de Beurepaire's, in welcher er die Mittheilungen des „Gaulois“ bekräftigt und versichert, daß er sich im „Echo de Paris“ über den Zwischenfall Bard äußern werde. Auch drückt er mit Enthüllungen über die Panama-affaire.

Das Vorgehen dieses hohen österreichischen Beamten reißt sich wenig der Bekanntheit an anderen hohen Stellen der Armee an. Die seit Einberufung der Generalen Fällung das Kommando aller Truppen haben. Dieser Schritt eines der höchsten Richter des Staates, der sich nicht ohne seine Kollegen öffentlich zu demüthigen, nicht ein gleiches Sime mit dem Ministerium des Generals Chanot, der als Kriegeminister gleich in der ersten Kammerung des Ministeriums Brinon zu Fall kam durch die Erklärung, er sei von der Schuld des Arztes übergeben, während er als angeblicher Freund der Revolution in das Kabinet eingetreten sei.

Die Haltung der Kammerpräsidenten ist übrigens gerade bei Quesnay de Beurepaire gänzlich unangebracht. Er war es bekanntlich, der als oberster Staatsanwalt die Verurtheilung gegen Stöckel und Leber Eröffnungen durch abschließliche Verurtheilung verurtheilt hat, so daß die Döbendorfer Verurtheilung möglich war. Die Kammer leidet darunter, woran die „St. Jg.“ erinnert, auf welche Genossen Brinon's verurtheilt sind für Loewung am 31. März 1898 mit folgenden Worten: „Die Kammer bekräftigt es, daß seit dem Beginn der Revolution die Verurtheilungen gewinner Gerichtsverfahren des Schlichter's Strafbuch sind. Sie behaupten auch, daß man sie damals ertheilt hätten verurtheilt, die man 1895 vorgehend zu verurtheilen sollte.“ Nach dieser Darstellung verdient Loewung selbst, wegen Amtsvergehens verurteilt zu werden. Das höchste Gericht ertheilt die Sache durch ein gemeinsames Urtheil, das sie mit der lauen Verurtheilung preisgibt, daß sie bei der Verurtheilung der ihm anvertrauten Unterurtheilung größere Abstände nicht leiteten. Loewung verurteilt seinen Amtskollegen durch ungenügende Verurtheilung nicht mit ihm selbst auf Höhe. Es heißt jetzt fest, daß er selbst den sogenannten Reichs-Zuchthaus bei der national-republikanischen Bewegung und der Revolution ein Hinderniß gegen die Demokratie sei.

Der Justizminister hat sich durch das neue Mandat der „Republikaner“ nicht beeindrucken lassen. Die „Agence Havas“ behauptet die Möglichkeit als unannehmbar, daß der Justizminister selbst sich geneigt habe, eine Unterurtheilung über den Zwischenfall Bard zu erlassen. Scharf habe der Präsidenten Loewung erklärt, zwei Unterurtheilungen unannehmbar, eine über den genannten Zwischenfall und die andere über verschiedene von Beurepaire begangene Verurtheilungen. Der Justizminister behauptet sich vor, der Kammer Verurtheilung von den Angehörigen dieser Unterurtheilungen und von den Verurtheilten zu machen, welche im demselben demüthigen unannehmbar. Das unannehmbarste Hinderniß gegen die Unterurtheilung ergehen, daß Beurepaire eine betrübliche Strafbuch ist an den Tag gelegt hat. Bard, dessen kaiserliches Verurtheilung ist, habe erklärt, er werde zurücktreten, falls der geringste Verdacht an ihm haften bleibe; die unannehmbar Fällung Bard habe die Demission Beurepaire's herbeigeführt. In Japan hat sich der Justizminister für Loewung de Beurepaire ein-

Helferhelfer gefunden. Einer seiner Freunde, der Richter Grosjean, hat ein offenes Schreiben an den Justizminister gerichtet, in welchem er Picquart beschuldigt, dieser habe als Leiter des Nachrichtenbureaus in einem Spionageprozeß dem Gerichte Geheimnisse vorlegen wollen.

Die „Nationalisten“ sind natürlich höchst erfreut über die Unterurtheilung, die Quesnay de Beurepaire's Vorgehen ihnen bringt. Ihr Jubel kennt keine Grenzen. Auf den Fortgang der Revision selbst dürfte der Zwischenfall kaum Einfluß üben.

**Aus der Schweiz.** Im Neuenburger Kantonsrath haben unsere Genossen beantragt, die Gehälter der Staatsangestellten, welche unter 2400 Franks betragen, um 1 Fünftel zu erhöhen. Es ist überall die Aufgabe der Sozialdemokraten, für die Kleinen zu sorgen, für die Großen sorgen seit jeher die bürgerlichen Parteien. — Im Bezirk Weilen am Züricher See (Kanton Zürich) stellte sich bei der amtlichen Interzension heraus, daß ein verstorbener Steuerkommissar bei Lebzeiten nur etwa ein Drittel seines ca. 1/2 Million Franken betragenden Vermögens versteuert hat. Um so strenger wird er wohl andere Steuerpflichtige behandelt und eingeschätzt haben. — In Bern haben unsere Genossen den ersten positiven Schritt zur Wiedervereinigung der seit Jahren in zwei Lager gespaltenen Partei gethan. In gemeinsamer Sitzung haben beide Fraktionen des Stadtrathes, sowie der Genosse Müller im Gemeinderath die Vereinigung beschlossen und gleichzeitig den Vorstand unter Berücksichtigung der bisherigen beiden Lager bestellt. Möge nun zum Wohle der Partei die Einigung bald auf der ganzen Linie folgen.

**Die Pfändbarkeit der parlamentarischen Diäten** hat der belgische oberste Gerichtshof als berechtigt anerkannt. Nach Artikel 52 der neu durchgesehenen belgischen Verfassung erhält jedes Mitglied der Repräsentantenkammer jährlich an parlamentarischen Diäten 4000 Frcs. Ein Gläubiger des sozialistischen Abgeordneten für Lüttich, Smeets, hatte dessen parlamentarische Diäten vor achtzehn Monaten gerichtlich mit Beschlagnahme belegen lassen; der Justizminister hatte keinen Einspruch erhoben. Smeets selbst erhob Einspruch, erklärte die parlamentarischen Diäten für unpfändbar und betrat, um diese schon seit Jahren umstrittene Streitfrage zum Austrage zu bringen, den Rechtsweg. Sowohl der Gerichtshof erster Instanz als auch der Lütticher Appellhof erkannten dahin, daß die parlamentarischen Diäten pfändbar sind und wiesen den Abgeordneten Smeets mit seiner Klage ab. Ebenso hat jetzt der Kassationshof entschieden. Diese Entscheidung des höchsten Gerichtshofes wird ein gesetzgeberisches Nachspiel haben. In der kürzlich abgehaltenen geheimen Sitzung der Repräsentantenkammer war man darin einig, daß, wenn der Kassationshof die Pfändbarkeit der parlamentarischen Diäten ausprechen sollte, sofort ein Gesetz einzubringen ist, das diese Diäten für ganz oder theilweise unpfändbar erklären soll.

**Die Sozialdemokratie in Südamerika.**

Die Sozialdemokratie hält auch in Brasilien ihren Einzug. Wie wir einem amerikanischen Blatte entnehmen, hat sich in der südlichen Provinz Rio Grande do Sul die Partei genügend organisiert, um bei den kommenden Wahlen zum ersten Male am Wahlkampfe theilzunehmen.

Vermuthlich ist das Auftreten der Sozialdemokratie dort dem starken Einfluß des deutschen Elements in den Sübprovinzen Brasiliens zuzuschreiben. Die Deutschen sind dort zahlreich auf dem Lande und in den Städten angehebelt. Eine Zeitlang war diesen deutschen Kolonisten der Zuzug durch das preussische Verbot der Auswanderung dort hin abgelehnt. Das am 1. April v. J. in Kraft getretene Auswanderungsgesetz hat dieses Verbot beseitigt. Deutsche Firmen, insbesondere aus Hamburg und Bremen, sind zusammengetreten, um dem alten „Kolonisations-Verein von 1849“ neues Leben einzuflöhen durch Umwandlung in die „Hanseatische Kolonisationsgesellschaft“, welche ein umfangreiches, an die bestehenden Ansiedelungen anschließendes Gebiet durch Vertrag mit der Regierung des Staates Santa Catharina zur Beschelung erworben und auf denselben bereits die Vorarbeiten kräftig in Angriff genommen hat. Nachdem die Bewilligung im November erfolgt ist, wird wahrscheinlich, zumal die Vereinigten Staaten von Amerika die Einwanderung immer mehr erschweren, unter Leitung der Gesellschaft eine kräftige Auswanderung aus Deutschland nach Süd-Brasilien sich wieder entwikkeln.

**Von Ostasien.**

Eine Niederlage Frankreich's mit seinen Ansprüchen in Südchina haben die vereinten englisch-amerikanischen diplomatischen Schachzüge am Peking Hof herbeigeführt. Der „Times“ wird aus Philadelphia vom 7. Januar gemeldet: Der amerikanische Gesandte in Peking theilte dem Staatssekretär telegraphisch mit, daß in Folge des von dem amerikanischen und dem britischen Gesandten erhobenen Einspruchs die chinesische Regierung sich weigerte, der Forderung Frankreichs auf eine Ausdehnung seiner Jurisdiktion in Shanghai nachzugeben. Die „Times“ begrüßt den für England befriedigenden Ausgang der Shanghai-Angelegenheit mit Freude, doch fügt sie hinzu, daß, wenn auch der Plan gescheitert sei, deshalb die übrigen Nationalitäten mit ihrem Sinne noch keinen Erfolg hätten. Sie hoffe, daß Deutschland und Japan England in der Shanghai-Angelegenheit unterstützen werden.

Der Hauptverband Deutscher Flottenvereine im Auslande hat, wie die „Frankf. Ztg.“ mitgeteilt, auch in Japan ein Pamphlet und Zirkulare verandt, in denen zu Beiträgen für die Vermehrung der deutschen Flotte aufgefordert wird. Dagegen macht nun die „Eastern World“ (beren Besitzer und Herausgeber ein Deutscher, Herr F. Schmeber, ist) in einem Artikel geltend, daß die Deutschen in Japan froh sind, wenn sie ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen und ihre Bemühen dahin in genügender Weise unterstützen können. Außerdem werden im nächsten Jahre nationale und lokale Steuern zu bezahlen sein, nachdem man auch von deutscher Seite die Beiträge-Revision angenommen habe. Ferner sei eine sehr wichtige politische Ermüdung gegen die Bildung eines Flottenvereins in Japan anzuführen: „Die Japaner hätten die beste Gelegenheit in der chinesisch-japanischen Vertrag noch nicht verstanden, und es sei von deutscher Seite höher nicht gegangen worden, um Japan zu verurtheilen. Die japanische Re-

gierung könnte im Falle eines Konfliktes den Flottverein auflösen und dessen Fonds konfiszieren.

Da zeigt sich also wieder, daß unsere binnländischen Marktschwärmer keine Ahnung haben von den wirklichen Wünschen und Bedürfnissen der Deutschen im Ausland.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Konferenz der Sozialdemokratie vom 8. u. 9. d. Mts. am 6. Januar in Greiz abgehalten wurde und die von 5 bis 600 Parteigenossen besucht war, schloß mit allen gegen 3 Stimmen den früheren Expedienten der „Neu-Volkszeitung“, Schenderlein, aus der Partei aus.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der Lohgerber F. in Wolfenbüttel ist wegen Majestätsbeleidigung zur Anzeige gebracht, die er vor etwa zwei Monaten in seinem Logis ausgesprochen haben soll.

Aug. Müller, Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, hatte in der Beilage der „Volksstimme“ einen Artikel mit der Ueberschrift: „Wie die Alten jungen!“, ausgenommen, durch dessen Inhalt er sich der Kaiserbeleidigung und der Beleidigung des Prinzen Eitel Fritz schuldig gemacht haben soll.

Von der Strafkammer in Nürnberg wurde der Redakteur des „Nürnberger Anzeigers“, der sich durch Abdruck des Artikels „Hudelmajestät“ aus der Harden'schen „Zukunft“ der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben sollte, außer Verfolgung gesetzt.

Arbeiterbewegung.

In Mailand mußte am Montag der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen eingestellt werden, da die Angelegtesten die Arbeit niedergelegt hatten.

Aus aller Welt.

In einem Köln-Berliner Zuge fuhr am Freitag die 17-jährige Katharina von Wylow aus Kempen, die ein Kind nach Ostfeld bringen sollte. Das Mädchen stellte sich vor das Wagenfenster mit dem Kind auf dem Arm.

Durch einen jächtbaren Schneesturm wurde in Szegedin und in der Umgegend großer Schaden angerichtet. Ein Boot, in welchem vier Bauern sich über die Theis setzen ließen, schlug um, und sämtliche Insassen ertranken.

Ein Großfeuer zerstörte am Sonntag in der Fröhe das Etablissement „Daphne“ in der Nähe des Sennlinger Thores zu Wärschen. Der große Theatersaal, in welchem bis kurz vor Ausbruch des Feuers ein Maskenfest stattgefunden hatte, sowie die sonstigen Lokalitäten sind vollständig ausgebrannt.

Der Mordanschlag einer habgierigen Tochter gegen ihre greise Mutter wurde in Wien entdeckt. Die Tochter hatte einen Mann gedungen, der zu bestimmter Zeit ihre Mutter erschlagen sollte, dieser willigte aber nur scheinbar ein und zeigte den Anschlag der Polizei an.

Ein Raubmord ereignete sich in Aufregung, Freitag Abend gegen 10 Uhr wurde die Spezereiwarenhändlerin Jost, eine 66-jähr. Frau, in ihrem Baden in der Rue Pierre-Lerony (Bierel der Militärkaserne) mit ihrem eigenen Brotmesser erschlagen und ihre Kasse ausgeplündert, indeß ihre 10-jährige Enkelin in einem Nebenraume arglos schlief.

lokales und Provinzielles.

Breslau, den 10. Januar 1899.

Parteiversammlung.

Am nächsten Sonntag, den 15. Januar, Nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Kostrowsky, Lohsestraße 75, eine Parteiversammlung statt, in welcher Genosse Lohse über: „Die neueren Ereignisse der deutschen Politik“ einen Vortrag halten wird.

Die Schleistungen der Breslauer Schulkinder.

Auf Anregung des Universitätsprofessors Dr. Hermann Cohn und unter Zustimmung der hiesigen Schuldeputation wurden im Sommer des v. J. an sämtlichen Breslauer Volks- und höheren Schulen Untersuchungen über die Schleistungen der Schüler durch die Lehrer vorgenommen.

Es wurden, genau gezählt, 52,159 Schüler von 786 Lehrern untersucht und dadurch ein Material zusammengetragen, wie es bis jetzt noch nicht auf der Welt existiert. Redner sprach, nach einem Bericht der „Bresl. Ztg.“, in der Einleitung über früher von ihm vorgenommene Untersuchungen, beispielsweise im Jahre 1865 an 10,060 Kindern in Breslau.

Die 1871 an den Schulkindern in Schreiberhau angestellten Versuche ergaben, daß ganz andere Resultate unter freiem Himmel erzielt werden als in der Schulstube. Deshalb wurden die diesjährigen Untersuchungen, an denen sich über 93 Prozent der Volksschulen, 87 Prozent der höheren und 49 Prozent der Privatschulen beteiligten, im Freien vorgenommen.

Als fernere bis jetzt unbekanntes Thatsache ergibt sich Folgendes: Unter allen Schülern konnten 5426 (10,5 pCt.) den Buchstaben auf einfache Schweite (6 Meter) nicht lesen. Weiter als dreifache Schweite (+ 18 Meter) hatten 3,5 pCt. Die größte Entfernung betrug 27 Meter. (In Ägypten wurde eine Schweite von 48 Meter beobachtet.)

Weiter: Vor 33 Jahren waren 25 Kinder (gleich 4,9 pro Mille) augenkrank, diesmal nur 3 Kinder (gleich 1,1 pro Mille). Die Augenkrankheiten haben also unter den Schulkindern auch abgenommen. Bezüglich des Lebensalters zeigte sich, daß die meisten Kurzsichtigen in einem Alter von 17 und 18 Jahren starben.

Nicht interessant waren auch die Ausführungen des Redners über die „Unterstützung“, die er behördlicherseits gefunden hat. Ursprünglich hatte Professor Cohn Angesichts der überraschenden Resultate, die seine Forschungen in dieser Richtung gehabt haben, die Absicht gehegt, bei dem Kultusminister eine Anordnung zu erwirken, daß an allen Schulen Prüfungen bei der Billigkeit der notwendigen Mittel und der Einfachheit ihrer Anwendung dieselben Untersuchungen angeordnet würden, er hat aber einen ablehnenden Bescheid erhalten.

Professor Cohn gab hierbei der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn wieder nach einem Menschenalter im Jahre 1931 eine, dann wahrscheinlich überall vorgenommene Untersuchung stattfände, das Ergebnis bei den Fortschritten der Schulhygiene, wo dann Schularzte, Lehrer und Eltern zielbewußt zusammen arbeiteten, die Zahl der schlecht Sehenden auf 2-3 Prozent sich stellen werde, d. h. auf die Zahl, welche keine Hygiene aus der Welt schaffen kann, da es sich nur um Erbfehler handelt.

Ueber den Fortgang der Arbeiten bei dem Bau des Handelshafens.

Der Bau des Handelshafens hat der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung, die am Donnerstag, den 12. d. Mts. ihre nächste Sitzung abhält, einen Bericht zugehen lassen, aus welchem Folgendes hervorgeht:

Während des verfloffenen Sommerhalbjahrs wurde der Bau des südlichen Hafens, wie der Magistrat mittheilt, beständig durch die dauernd niedrigen Wasserstände der Oder, berant gefördert, daß sich im Allgemeinen die Fortschritte der Arbeiten zu urtheilen — werden einhalten lassen.

ebenfalls; ebenso konnte der Anschluß der stromseitigen Böschung an dem nördlichen Hafentopfe des Hafens der Rechte Ober- u. Eisenbahn und der Ueberzug des westlichen und östlichen Kopfes an der Hafeneinfahrt in die befestigten Ufer des Hafensbeckens hergestellt werden. Die nördliche Ufermauer des Hafensbeckens war bis Ende September in einer Länge von 400 Meter (die Hälfte der Gesamtlänge) auf etwa 2/3 ihres vollen Profils fertiggestellt.

Wegen Beleidigung der Firma S. Schottländer in Breslau wurde am 6. Januar der verantwortliche Redakteur des „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer vom Schöffengericht in Leipzig zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Es wurde auf diese Strafe erkannt, weil das Gerichte der Uebersetzung war, der Artikel in Nr. 69 von 1898 habe neben der dem Angeklagten zugestandenem Wahrung berechtigter Interessen den Zweck verfolgt, Salo Schottländer zu beleidigen.

Eine Mitglieder-Versammlung des Gewerkschaftskartells findet Freitag, den 13. d. Mts. in Bölich's Lokal, Neumarkt 8, statt. Angesichts der wichtigen Tagesordnung (siehe Inserat) darf kein Delegierter fehlen.

Städtischer Arbeits-Nachweis. Frequenz in der Woche vom 1. Januar bis 7. Januar 1899. a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte: 231. Zu besetzende Stellen: 96. Besetzte Stellen: 89. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte: 88. Zu besetzende Stellen: 119. Besetzte Stellen: 91.

Humboldt-Verein für Volksbildung. Der nächste Volks-Unterhaltungsabend findet Donnerstag, den 12. Januar, im „Kongresssaal“ statt. Er soll — vielen an den Verein gelangten Wünschen zu Folge — mit einer Gedankfeier für Max Heibel verbunden werden. Schriftsteller Ludwig Stittgen wird die Gedankfeier halten und Fräulein Thelma Barber, deren Spezialität die Deklamation schlesischer Dialektgedichte ist, wird einige Dichtungen Heibels zu Gehör bringen.

Vom Breslauer Gewerbegericht. Vom 1. Januar bis Ende Dezember 1898 sind bei dem hiesigen Gewerbegerichte 953 Streitigkeiten abhängig geworden gegen 1007 im Vorjahre. Davon sind erledigt: Durch Zurücknahme 123 (gegen 152 im Vorjahre), ohne Vergleich 149 (148), durch Vergleich 184 (216), durch Anerkenntnisurtheil 12 (10), durch Verjährungsurtheil 84 (113), durch Entscheidung 274 (368) und am Schluß des Jahres waren noch unerledigt 127 (60). Im Jahre 1898 haben 97 Termine stattgefunden gegen 1299 im Vorjahre. Am meisten nahmen die Schneider, Schneiderinnen und Näherinnen die Hilfe des Gewerbegerichts in Anspruch und zwar in 132 Fällen. Dann kommen die Tischlergesellen in 64, die Maurer in 55, die Kellerer in 51, die Schlosser in 30, Maler und Klempner 16, Köche und Köchinnen 14, Buchdrucker 13 Fälle u. s. w.

Der unter dem dringenden Verdachte des Gattenmordes verhaftete Schuhmacher Herrmann leugnet ernstlich, seine Gattin erschlagen zu haben. Er bleibt dabei, daß nur böswillige Verleumdung das Gerücht aufgebracht habe und erhalte, daß er der Mörder seiner Frau sei. Ebenso habe seiner Zeit das Gerücht auf böswilliger Erfindung beruht, daß er an dem Tode seiner ersten Frau die Schuld trage. Thatsächlich hat denn auch die Untersuchung damals als zweifellos ergeben, daß die Frau in der Tantenstube in einem Bach gestürzt und darin ertrunken sei. Außerdem weist der Verhaftete darauf hin, daß es ihm, wenn er an dem Tode seiner zweiten Frau wirklich Schuld hätte, ein Leichtes gewesen wäre, sich durch die Flucht ins Ausland der Strafverfolgung zu entziehen, da der Bruder seiner jetzigen Frau in Amerika eine reiche Farm besitze und ihn wiederholt eingeladen habe, seinen Wohnsitz bei ihm zu nehmen. Die Vertheidigung Herrmanns wird Rechtsanwalt Dr. Ramrott führen.

Die Fahrverordnungen sind seitig an der Arbeit. Am 7. d. Mts. wurde aus einem Grundstück auf der Bahnhofstraße ein Fahrrad (Dreher „Lourist“) gestohlen; ferner ist einem Restaurateur aus der Weidenstraße aus dem Vorkeller ein Fahrrad „Phänomen-Kover“, Fabriknummer 13,700, und aus der Wohnung eines Photographen am Schindamm ein Fahrrad „Prestor“, Bahnrenner mit Fußbremse, gestohlen worden.

Wasserrohrbruch. Am 8. d. Mts., Vormittags, erfolgte auf dem Hintermarkt gerade unter dem Gleis der Pferdebahn ein Wasserrohrbruch, wodurch umfangreiche Untersuchungen im Fährdamm stattfanden. Da die Pferdebahn über diese gefährdete Stelle nicht mehr hinweg konnte, fuhrten die nach dem Oderthor, gebenden Wagen so lange über das zweite Glas auf der Schmiedestraße, bis der Schaden beseitigt worden war.

Regensturz. Am 7. d. Mts., Abends, ein Schloffer auf der Mathiasstraße einen Wagen der elektrischen Straßenbahn während der Fahrt beschleunigen wollte, wurde er von einem anderen aus entgegengekehrter Richtung kommenden Motorwagen erfasst und zu Boden gedrückt. Er hatte sich hierbei mehrere Rippen ausgebrochen und erlitt noch andere Beschädigungen im Gesicht und an der rechten Hand, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Aus dem Polizeibericht. In des Polizeiberichts wurden am 7. u. 8. d. Mts. 60 Straftaten festgestellt. — Ein 17-jähriger Junge, der in der Nacht vom 6. auf den 7. d. Mts. in der Nähe des Oderthors, ein Paar Leder-

Damenhandschuhe, ein braunes Umhangset, ein Spazierstock, ein...

Gerichtliches.

Drei Redaktoren, die Genossen Meyer aus Halberstadt, Müller von der...

Zentralverband der Arbeiter (Bühlfeld Breslau). Sonntag, den 8. Januar...

Legnis, 8. Januar. Eine Gewerkschafts-Versammlung tagte am Sonntag...

Legnis, 10. Januar. Gegen einen Schutzwall auf ausländische Gartenprodukte...

Legnis, 10. Januar. Beim Sozialistenstreik in der Fabrik...

Nieder-Heidau, 7. Januar. Ein bekannter Unfällefall ereignete sich...

Legnis, 9. Jan. Beim Sozialistenstreik in der Fabrik...

Legnis, 9. Jan. Beim Sozialistenstreik in der Fabrik...

Legnis, 9. Jan. Beim Sozialistenstreik in der Fabrik...

Legnis, 9. Jan. Beim Sozialistenstreik in der Fabrik...

Legnis, 9. Jan. Beim Sozialistenstreik in der Fabrik...

Legnis, 9. Jan. Beim Sozialistenstreik in der Fabrik...

Legnis, 9. Jan. Beim Sozialistenstreik in der Fabrik...

Das Vertheilen von Truchschriften sei wohl eine Arbeit und...

Neueste Nachrichten. Krefeld, 9. Januar. Zum Streik der Weber...

Cahenne, 10. Januar. Dreyfus-Angelegenheit. Der hiesige Staatsanwalt...

Paris, 9. Januar. Heute ist hier eine Depesche aus Carcassonne...

Mailand, 10. Januar. Der gestern früh eingestellte...

Standesamtliche Nachrichten. Von 8. Januar. Geburts-Anmeldungen...

Standesamtliche Nachrichten. Von 8. Januar. Geburts-Anmeldungen...

Standesamtliche Nachrichten. Von 8. Januar. Geburts-Anmeldungen...

Standesamtliche Nachrichten. Von 8. Januar. Geburts-Anmeldungen...

Standesamtliche Nachrichten. Von 8. Januar. Geburts-Anmeldungen...

Standesamtliche Nachrichten. Von 8. Januar. Geburts-Anmeldungen...

Comiades Gust Herrmann, 4 J. - Herrmann, Sohn des...

Gewerkschaftsartell für Breslau und Umgegend. Freitag, den 13. Januar...

Humboldt-Verein für Volksbildung. Donnerstag, den 12. Januar...

Volks-Unterhaltungsabend. verbunden mit Heinefeier. 4440

Der Neue Weltkalender für 1899. Preis 40 Pfennige...

Stadt-Theater. Dienstag: Die Geisha...

Lobe-Theater. Dienstag: Fahrmann Henschel...

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater. Mittwoch: Gruppe G...

Deutsches Theater. Dienstag: Krieg im Frieden...

Die Sozialdemokratie und das allgemeine Stimmrecht...

Alle Freunde und Genossen unserer Schreibungen...



TOCHTER SUDENS. Die illustrierte Romanbibliothek...